

Mietenpolitische Positionen zur BT-Wahl 2017						
Sujet	SPD	LINKE	Grüne	CDU/CSU	FDP	AfD
Wohnen als Menschenrecht	./.	Darf nicht dem Markt und dem Profit überlassen werden. Wohnen ist keine Ware.	Wohnen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge			
Kommunaler Wohnungsbau und Wohnungsbestand	Mehr Wohnungen im öffentlichen u. betrieblichen (?) Eigentum	Ja; relevanten nicht profitorientierten Bestand schaffen; Re-kommunalisierungsfonds auflegen	Schaffung einer neuen „Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge“			
(neue) Wohnungsgemeinnützigkeit	./.	wieder einführen; Wohnbauten bleiben dauerhaft gebunden	wieder einführen			
Verdrängung	./.	Mod.-Zuschlag abschaffen, Leerstandsabgabe erheben, Milieuschutz anwenden und kontrollieren, Mieten bei Milieuschutz einfrieren – Obergrenze 8,5€, generelles Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen	„Raussanieren bekämpfen und Verdrängung beenden“			

Sujet	SPD	LINKE	Grüne	CDU/CSU	FDP	AfD
Modernisierungszuschlag (§ 559 BGB)	begrenzen	abschaffen	deutlich absenken; Schaffen einer neuen fairen Kostenverteilung			
Mietspiegel	tatsächliche Wohnungsgröße maßgeblich für Multiplikator	Alle Mieten müssen einfließen (also nicht nur die der letzten 4 Jahre)	Zeitraum der zu berücksichtigenden Mietvereinbarungen verlängern; Zeitspanne ohne Mieterhöhungen ausweiten			
Mietenbremse	Auskunftspflicht des Vermieters, Rückzahlung aller überhöhten Beträge	Effiziente Regelung schaffen, bis dahin bundesweites Mietmoratorium; Erhöhungen nur bis zum Inflationssatz; Verstöße werden strafbar gemacht	„Eine richtige Mietpreisbremse ohne Hintertür muss her“		Mietpreisbremse abschaffen	Mietpreisbremse ist untaugliches Instrument und planwirtschaftlicher Eingriff. Sie macht private Investitionen in den Wohnungsbau weniger rentabel
Wohngeld	Wohngeld regelmäßig anpassen	WohnG erhöhen, strukturell von indirekter Vermieterförderung entkoppeln	Wohngeld verdoppeln	Wohngeld besser an individuelle Lebenssituation anpassen		
Sozialer. Wohnungsbau	Mittel erhöhen	250.000 neue Wohnungen pro Jahr bei unbegrenzter Sozialbindung	viel stärker fördern	Belegung des öffentlichen Wohnungsbaus		
Förderung von Wohnungsbauinvestitionen allg.	./.	Rekommunalisierungsfonds		degressive AfA wieder einführen	Gebäudeabschreibung von 2% auf 3% erhöhen	Senkung der Grunderwerbsteuer

Sujet	SPD	LINKE	Grüne	CDU/CSU	FDP	AfD
Förderung für selbstgenutzten Wohnraum (Eigenheimförderung)	Ja. „Familiengeld“			Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum fördern (incl „Baukindergeld“); Einführung eines Grunderwerbsteuerfreibetrages		
Genossenschaften und Baugruppen	Förderung	Genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern	Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen			
Geschäftsraum	Hilfe bei Leerstand	Gewerbemieten begrenzen				
Bodenrecht	./.	Bodenpreisdeckelung, Bodenpreissteigerungen abschöpfen				
Zwangsräumung		gesetzlich ausschließen				

W.M., 12. August 2017